

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung**

**des Ortsbeirates Friesenheim**

**von Ludwigshafen am Rhein**

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, den 16.11.2021
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:10 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Rathaus, Stadtratssaal

## **Anwesend waren:**

### Ortsvorsteher

Günther Henkel

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Eva Kraut

Volker Becker

Anna Trauth

Stephanie Weber

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Dr. Thorsten Ralle

Dr. Reinhard Herzog

Willi Renner

Nicole Rottermann

### FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dieter Schneider

### DIE GRUENEN - Ortsbeiratsmitglied

Hans-Henning Kleb

Christine Bongartz

### FWG-Ortsbeiratsfraktion

Hans-Jürgen Ehlers

### Schriftführer/in

Sheila Krall

## **Entschuldigt fehlten:**

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Christian Schreider

### DIE LINKE-Ortsbeiratsfraktion

Rosalia Ciccarello

### FWG-Ortsbeiratsfraktion

Oliver Keck

## Tagesordnung:

1. Bericht Ortsvorsteher
2. Etatberatungen 2022  
Haushaltsansätze für den Ortsbezirk  
Vorlage: 20214167
3. Vorstellung Masterplan Grün und Friedhofentwicklungsplanung  
Vorlage: 20214117
4. Bebauungsplanverfahren 667 "Luitpoldstraße Nord"  
Offenlagebeschluss  
Vorlage: 20214205
5. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Radwege Markierungen am Ende der Radwege in der Weiherstraße  
Vorlage: 20214264
6. Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion  
Vorstellung der gemeinsamen Aktivitäten mit der Fa. ÖKOPLANA Mannheim und Erstellung eines Klimaanpassungsprojektes  
Vorlage: 20214259
7. Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion  
Fahrgastunterstand an der Bushaltestelle Rottstückerweg (BASF Tor 5)  
Vorlage: 20214260
8. Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion  
Sachstand zum Ruthenplatz  
Vorlage: 20214262
9. Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion  
Sammelcontainer in der Neuwiesenstraße  
Vorlage: 20214263
10. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Hochwasserschutz und Notfallmanagement für Friesenheim  
Vorlage: 20214265
11. Stadtbahnlinie Friesenheim-Sachstandsbericht zur Kostenentwicklung des Bauabschnittes 1 "Hohenzollernstraße"  
Vorlage: 20214258

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Friesenheim war beschlussfähig.

Der Ortsvorsteher Günther Henkel begrüßte die Ortsbeiratsmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die der Bürgerschaft und Presse.

Es wurde einstimmig abgestimmt, den Tagesordnungspunkt 11 „Stadtbahnlinie Friesenheim“ im Tagesordnungspunkt 1 „Bericht des Ortsvorstehers“ aufzurufen.

## **Protokoll:**

### **zu 1 Bericht Ortsvorsteher**

Die Stellungnahme des TOP 11, der hier bearbeitet wird, wurde vom Bereich Tiefbau abgegeben.

Die Ortsvorsteher mögen ihren Ortsbeirat über die Kostenentwicklung der Maßnahme Stadtbahnlinie Friesenheim, Bauabschnitt 1 „Hohenzollernstraße“ informieren.

#### **1. Historie**

Im Jahr 2008 wurde für das Gesamtprojekt Stadtbahnlinie Friesenheim eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt.

Die Maßnahmenkosten für beide Bauabschnitte „Hohenzollernstraße“ (BA1) und „Alt-Friesenheim“ (BA2) wurden damals auf 13 Mio. EUR geschätzt.

Am 25.06.2012 beschloss der Stadtrat die Fortführung der Planung des Bauabschnittes 1 „Hohenzollernstraße“:

- Eigener Gleiskörper der Stadtbahn
- Anpassung des Straßenraums im Vollausbau
- Barrierefreie Umbau der Haltestellen.

Am 21.12.2016 wurde ein Zuwendungsantrag für die Förderung des BA1 (Hohenzollernstraße) gestellt.

Im Jahresgespräch am 12.11.2020 mit Vertretern des Ministeriums und des Landesbetriebes Mobilität Rheinland-Pfalz wurde festgelegt, dass nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens dem Landesbetrieb eine aktualisierte Kostenberechnung für den Zuwendungsantrag zugesandt werden soll.

Eine Genehmigung der Maßnahme durch die städtischen Gremien liegt derzeit noch nicht vor, da die Genehmigung der Zuwendungen noch aussteht.

## 2. Kostenentwicklung

Datum	Anmerkung	Gesamtkosten
2016	Gesamtkosten der Maßnahme laut Zuwendungsantrag	18.564.000 EUR
2018	Nachrichtliche Information des Stadtrates im Rahmen der Maßnahmengenehmigung des BA 2 „Alt-Friesenheim!“	23.480.000 EUR
2021	Aktualisierte Kosten nach Vorlage des Planfeststellungsbeschlusses	35.000.000 EUR

Durch diese Kostenentwicklung kommt es auch zu einer wesentlichen Erhöhung der aus Straßenausbaubeiträgen zu finanzierenden Kosten der Maßnahme von ursprünglich rund 3,5 Mio. EUR auf rund 10 Mio. EUR was zu einer finanziellen Mehrbelastung der Anwohner führen wird.

Damit ist die Finanzierung der Maßnahme nicht mehr gesichert.

## 3. Fazit

Um die Maßnahme gemäß der vorliegenden Planung durchführen und finanzieren zu können wären folgende Schritte erforderlich:

- Mitteilung der aktuellen Kosten an das Land als Grundlage für die abschließende Prüfung und Bewilligung des Zuwendungsantrags. Die aktuellen Kosten stellen eine neue Bewertungsgrundlage für die Zuschussgewährung dar.
- Anpassung der Straßenausbaubeiträge an die Kostenentwicklung.  
Für die Berechnung der Straßenausbaubeiträge im Straßenausbauprogramm 2019-2023 wurde von den Kosten aus dem Jahr 2018 und damit von einem deutlich geringeren Bedarf ausgegangen. Die höheren Kosten wirken sich auf die Bemessungsgrundlage der Beiträge aus. Da die Beiträge bis zum Ende des derzeit aktuellen Straßenausbauprogramms 2019 bis 2023 festliegen, ist eine Anpassung erst für das kommende Programm möglich. Es ist eine deutliche Erhöhung der Beiträge und damit der persönlichen Belastung für die Anlieger im kommenden Straßenausbauprogramm 2024-2028 für die Ausbaubezirke Friesenheim und Nord zu erwarten.
- Bereitstellung des erhöhten Mittelbedarfs im städtischen Haushalt.

Dieser Sachverhalt führt zu der Empfehlung der Verwaltung, die Maßnahme neu zu planen. Bei der Neuplanung sollten folgende minimale Grundanforderungen erfüllt werden:

- Verkehrssichere und funktionale Gleisanlage
- Barrierefreie Haltestellen
- Lärmoptimierter Ausbau der Gleisanlage durch Verzicht auf das Gleispflaster.
- Gewährleistung eines zukunftsorientierten Fahrbetriebes der Stadtbahn
- Kostenreduzierung

Für eventuelle Rückfragen werden Vertreter der Verwaltung und der rnv an den Sitzungen der OBR teilnehmen.

Herr Henkel begrüßte Herrn Thewalt, Leiter des Dezernats 4 und übergab ihm das Wort. Herr Thewalt erläuterte den Werdegang der Baumaßnahme und die Kosten. Er stellte die Herren Neuschwander und Berlenbach (Mitarbeiter des Bereichs Tiefbau) und Herrn Dommasch (Bereichsleitung bei der RNV). Nacheinander erklärten Herr Berlenbach und Herr Dommasch notwendige Details zur Baumaßnahme. Es wurden die Details der Baukostenerhöhung sowie die Art des zukünftigen Ausbaus der Strecke genau dargestellt. Herr Henkel bedankte sich bei den Herren und für dann mit einem Rückblick des Vorhabens aus politischer Sicht fort. Besonders die Ansteigung der auf die Bürger umzulegenden Ausbaubeiträge fand bei den Fraktionen kein Verständnis. Um ein Stimmungsbild über die Situation zu zeigen, ließ der Ortsvorsteher abstimmen. Es wurde einstimmig für die Fortführung des Projektes wie geplant fortzuführen.

Weiter ging es im Bericht des Ortsvorstehers mit dem Radfahrweg der Sternstraße, der ins Jahr 2022 verschoben. Herr Henkel beklagte die Kommunikation zwischen der Verwaltung und dem Ortsbeirat, der Informationsfluss lässt doch sehr zu wünschen übrig. Auch das Radfahrverbot in der Luitpoldstraße dauert nun schon über 3 Monate an, was nicht nachvollziehbar ist. Wegen der Corona Situation wird in diesem Jahr kein Weihnachtstreff und im Januar kein Neujahrsempfang stattfinden. Auch die Besuche zu den Geburtstagen und Jubiläen hat Herr Henkel eingestellt. Zum Schluss erwähnte der Ortsvorsteher noch, dass Räumlichkeiten für die Ortsbeiratssitzungen aktuell gesucht werden.

## **zu 2            Etatberatungen 2022                   Haushaltsansätze für den Ortsbezirk**

Herr Henkel stellte fest, dass leider kein Mitarbeiter der Verwaltung anwesend war um Fragen zu beantworten. Die Frage zu der im Haushalt veranschlagten Kosten Linie 10, konnte von Herrn Thewalt beantwortet werden. Der Hinweis weitere Fragen schriftlich dem OV-Büro zukommen zu lassen, von dort werden diese dann weitergeleitet.

## **zu 3            Vorstellung Masterplan Grün und Friedhofentwicklungsplanung**

Der Ortsvorsteher begrüßte Frau Bindert und übergab ihr das Wort.

Frau Bindert erklärte welche Maßnahmen im Eingangsbereich des Ebertparks abgearbeitet wurden und welche gerade in der Planung sind. Sie begann dann mit ihrer Präsentation „Masterplan Grün“, beantwortete danach die Fragen, die hierzu gestellt wurden und fuhr mit der Präsentation „Friedhofentwicklungsplan“ fort. Auch hierzu wurden alle gestellten Fragen beantwortet.

Die Fraktionen bedankten sich für die aufschlussreichen Vorträge.

Die Präsentationen sind im Ratsinformationssystem einsehbar.

**zu 4        Bebauungsplanverfahren 667 "Luitpoldstraße Nord"  
Offenlagebeschluss**

Herr Henkel begrüßte Frau Münzner und Herr Babelotzky, Mitarbeiter des Bereichs Stadtplanung. Herr Babelotzky gab eine kurze Einführung und übergab das Wort an Frau Münzner, die mit der Präsentation zum Planstand der Baumaßnahme begann. Die Fragen der Fraktionen wurden von Herrn Babelotzky nach der Präsentation ausführlich beantwortet. Um eine Richtung des Ortsbeirats zu erkennen, bat Herr Babelotzky um ein Stimmungsbild. Der Ortsvorsteher lies darüber abstimmen.

Das Ergebnis der Abstimmung:

10 Stimmen dafür  
1 Stimme dagegen  
1 Enthaltung

Die Präsentation kann im Ratsinformationssystem eingesehen werden.

**zu 5        Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Radwege Markierungen am Ende der Radwege in der Weiherstraße**

Der Bereich Stadtplanung gab nachfolgende Stellungnahme ab:

Die im Antrag angesprochenen Radwegausleitungen der Weiherstraße sind schon lange Jahre im Bestand vorhanden. Geschützt werden sie bislang durch die StVO-Beschilderung, die dem Kfz-Verkehr den Hinweis aufkreuzenden Radverkehr gibt (VZ 138). Unfallgeschehen ist uns an diesen Örtlichkeiten – erfreulicherweise – nicht bekannt.

Jedoch haben wir vor dem Hintergrund des Antrages verwaltungsintern mit der Straßenverkehrsbehörde abgestimmt, dass eine Verbesserung der Ausleitungssituationen sinnvoll ist. Im Bereich der Ausleitung in Richtung Ortslage Friesenheim werden wir eine Planung für eine Absicherung mit einem Fertigelement erstellen analog der im Antrag vorgestellten Lösung am Bahnübergang Edigheim.

Am nördlichen Ende des Radweges im Kurvenbereich bietet sich diese Lösung nicht an. Hier kann die Situation für den Kfz-Verkehr, für den hier Tempo 30 gilt, durch Bodenpiktogramm nochmals verdeutlicht werden. Darüber hinaus ist ja die Planung einer Radverkehrsanlage entlang der Langgartenstraße in Bearbeitung. Hierbei wird diese Situation auch umstrukturiert werden.

Die Fraktionen nahmen diese Ausführungen positiv zur Kenntnis und erwarten mit Spannung die Ergebnisse der Radwegeplanung.

**zu 6           Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion  
Vorstellung der gemeinsamen Aktivitäten mit der Fa. ÖKOPLANA Mann-  
heim und Erstellung eines Klimaanpassungsprojektes**

Die Stellungnahme hierzu übermittelte der Bereich Umwelt.

Wie bereits in den Ausschüssen berichtet hat sich die Stadt im November 2020 um die Förderung des Projektes Klimaanpassung Ludwigshafen unter dem Titel „Ludwigshafen fit for (Climate) Future“ gemeinsam mit dem Institut für Klimawandelanpassung und der BASF SE beworben. Die Zulassung zur Antragstellung erfolgte am 15.10.2021. Der Förderantrag wird derzeit auf der Grundlage der eingereichten Projektskizze erstellt und soll bis Mitte Dezember eingereicht werden.

Erst nach der Bescheidung kann mit der eigentlichen Arbeit begonnen und Ingenieurbüros mit der eigentlichen Auswertung und Konzepterstellung beauftragt werden. Hierbei werden gerade die Wechselwirkungen der Flächen betrachtet und aufgrund der Erkenntnisse und Prognosen in städtebaulicher Hinsicht Empfehlungen erarbeitet. Dies gilt insbesondere für versiegelte und thermisch relevante Flächen mit dem Ziel dies in künftige Planungen einfließen zu lassen.

Die Firma Ökoplana ist derzeit nur mit der Erhebung der Geländemeteorologischen Daten mit Messfahrten, Ballonaufstiegen und Verknüpfung und Abgleich der Daten mit Feststationen und temporären Stationen während des Sommerhalbjahres beauftragt. Diese Daten dienen als Grundlage für die Modellbildung.

Damit können wir den Zeitverlust durch den relativ langen Zuschussbeantragungsprozess etwa um ein halbes Jahr kompensieren.

Sobald Ergebnisse vorliegen werden wir natürlich im weiteren Prozess berichten.

Die Fraktionen waren mit der Stellungnahme zufrieden. Zu einer der nächsten Sitzungen im kommenden Jahr würde sie gerne jemanden zu diesem Thema einladen.

**zu 7           Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion  
Fahrgastunterstand an der Bushaltestelle Rottstückerweg (BASF Tor 5)**

Die Stellungnahme hierzu wurde von dem Bereich Stadtplanung übermittelt.

Grundsätzlich ist es stadtweit nicht vorgesehen, begrünte Haltestellenüberdachungen als Sonderlösung zu errichten. Als nicht standardisierte Lösung verursacht dies zusätzliche Kosten bei Planung (Statik) und Bau sowie im Unterhalt.

Für eine Standardhaltestellenüberdachung mit einer Tiefe von 1,60 m ist die Breite des Grünstreifens unter Berücksichtigung der notwendigen Abstandsfläche zum Geh- und Rad-

weg nicht ausreichend. Der befestigte Bereich der Haltestelle allein ist ebenfalls für einen Fahrgastunterstand nicht tief genug, da entsprechende Durchgangsbreiten und Abstände zur Fahrbahn zu berücksichtigen sind. Eine Haltestelleüberdachung wäre daher nur möglich, wenn man den gesamten Haltestellenbereich einschließlich der Grünfläche umbauen würde, was mit entsprechenden Kosten verbunden wäre.

In der Vergangenheit wurden Fahrgastunterstände an Bushaltestellen überwiegend über das mit der Firma Wall-Decaux vereinbarte sog. Kontingent finanziert. Eine Überprüfung hat ergeben, dass dieses Kontingent mittlerweile aufgebraucht ist. Neue Fahrgastunterstände müssen daher vollständig von der Stadt finanziert werden.

Daher sind neue bzw. zusätzliche Fahrgastunterstände nur noch dann vorgesehen, wenn eine entsprechende Bedeutung der Haltestelle mit einer höheren Fahrgastfrequenz, insbesondere bei einsteigenden Fahrgästen, gegeben ist. Da dies an der Bushaltestelle Rottstücker Weg nicht der Fall ist, kann die Errichtung eines Fahrgastunterstandes dort nicht in Aussicht gestellt werden.

Fraktionen nahmen die Antwort zur Kenntnis.

**zu 8           Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion  
Sachstand zum Ruthenplatz**

Laut Stellungnahme durch den Bereich Tiefbau wurde der Ruthenplatz im Rahmen der Unterhaltung im September letzten Jahres nachmarkiert. Jedoch ist die Fahrbahndecke aus Pflastersteinen, wodurch die aufgebrachten Markierungsstoffe keine richtige Haftung erzielen können. Dies führt dazu, dass die aufgebrachten Markierungen innerhalb kurzer Zeit wieder abgefahren werden.

Wir werden die Markierung erneuern lassen. Jedoch sind Markierungsmaßnahmen temperatur- und witterungsabhängig. Ausführungszeitraum wird vermutlich bis einschließlich bis zum 2. Quartal 2022 sein.

Die RNV gab die Stellungnahme ab. Danach werde die Fertigstellung bis zum 1. Quartal 2022 in Aussicht gestellt.

Von den Fraktionen zur Kenntnis genommen.

**zu 9           Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion  
Sammelcontainer in der Neuwiesenstraße**

Stellungnahme des Bereichs Wirtschaftsbetriebe:

Unser Außendienstmitarbeiter hat sich im Wendehammer in der Neuwiesenstraße vor Ort ein Bild gemacht. Die in der Anfrage der OBR-Fraktion FWG/Grüne getätigte Aussage, dass gelbe Abfallsammelbehälter dort im Wendehammer stehen, ist richtig.

Die privaten Abfallbehälter sind in der Regel auf privaten Grundstücken abzustellen und lediglich zur Sammlung ab 19.00 Uhr am Vortage bzw. spätestens um 6.00 Uhr am Leerungstag bereitzustellen. Ausnahmen von dieser Regel werden von der unteren Abfallbehörde geprüft und entsprechend beschieden.

Gemäß § 17 Abs. 5 der Abfallwirtschaftssatzung (AWS) der Stadt Ludwigshafen hat die Bereitstellung der Abfallbehälter so zu erfolgen, dass Verkehrsteilnehmer nicht gefährdet oder belästigt werden. Darüber hinaus hat der Anschlusspflichtige gem. § 17 Abs. 7 AWS dafür zu sorgen, dass die Abfallbehälter unverzüglich nach der Leerung zurückgestellt werden sollen.

Ein Standplatz auf einer öffentlichen Straße ist demnach nicht gestattet. Deshalb hat unser Außendienstmitarbeiter Kontakt mit der Hausverwaltung aufgenommen und einen Vor-Ort-Termin vereinbart um abzuklären, wie diese Abfallbehälter ordnungsgemäß auf dem zugehörigen Grundstück abgestellt werden können.

Die Situation wird von den Ortsbeiräten weiterhin beobachtet.

**zu 10           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Hochwasserschutz und Notfallmanagement für Friesenheim**

Der Bereich Feuerwehr gab folgende Stellungnahme ab:

1. Welche Maßnahmen wurden ergriffen um Hochwasserschutz zu bieten?

Es wurde in den letzten Jahren der bauliche Hochwasserschutz erweitert. Kleinere Lücken sind noch an der südlichen Hochwasserschutzlinie zu schließen. Derzeit arbeitet die Stadtverwaltung bereichsübergreifend an einem Starkregen- und Hochwasservorsorgekonzept für das gesamte Stadtgebiet. Zusätzliche wird der Hochwasserschutz mit Hilfe von Hochwasserschutzpartnerschaften der umliegenden Gebietskörperschaften und den Landesämtern kontinuierlich verbessert und den veränderten Gegebenheiten angepasst.

2. Bis zu welchem Pegelstand hält der Schutz stand?

Der derzeitige Hochwasserschutz ist bis zu einem Pegelstand (Pegel Mannheim) von 9,28 m ausgelegt.

### 3. Wie hoch waren in den letzten Jahren die Pegelstände?

Der höchste Pegelstand am Rhein der letzten Jahre war 835 cm am 03.06.2013. Davor wurde 1988 ein Pegelstand von 859 cm erreicht. Nach 2013 waren keine relevanten Hochwasserereignisse

### 4. Sollte der Hochwasserschutz nicht ausreichen, welche Gebiete in Friesenheim sind besonders bedroht?

Nach der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarte des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität sind bei einem 100-jährigen Hochwasser die höchsten Wasserstände im Bereich der Friedrich-Ebert-Halle und Ebertpark zu erwarten. Weiter sind die Bereiche rund um den Zehnmorgenweiher und die Gartenanlage entlang der K2 betroffen.

### 5. Wie wird die Bevölkerung gewarnt?

Für das gesamte Stadtgebiet Ludwigshafen wird ein einheitliches Warnkonzept genutzt.

Dieses Warnkonzept besteht für die akute Warnung der Bevölkerung aus der Warnung durch Sirenen.

Daneben sieht das Warnkonzept noch andere Komponenten vor, die wie die Sirenen selbst, je nach Lage eingesetzt werden können. Hierzu gehören

verschiedene Warn-Apps, wie KATWARN und NINA

Medien wie regionale, landesweite oder auch bundesweite Radiosender und auch das Fernsehen

ein telefonisches Alarmierungssystem für sensible Bereiche wie Kindertagesstätten, Schulen, Wohnheime usw.

Warndurchsagen über Lautsprecherfahrzeuge

Zusätzlich können sich bei einer Warnung der Bevölkerung die Bürger\*innen aktiv über die Internetseite der Stadt Ludwigshafen, wie auch über das Gefahreninformationstelefon informieren.

### 6. Wie ist das Notfallmanagement geregelt, wer übernimmt die Führung des Krisenstabs?

Bei Ereignissen im Stadtgebiet Ludwigshafen werden Einheiten der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes bis zu der Alarmstufe 3 über eine Alarm- und Ausrückordnung alarmiert. Größere Ereignisse erfordern das Arbeiten in Stäben. Hier ist die Oberbürgermeisterin oder einer ihrer ständigen Vertreter oder ein Beauftragter die oder der Hauptverantwortliche. Beraten wird sie durch z.B. den Leiter der Feuerwehr, die entsprechenden Dezernate und Bereiche der Stadtverwaltung.

Positiv von den Fraktionen zur Kenntnis genommen.

**zu 11      Stadtbahnlinie Friesenheim-Sachstandsbericht zur Kostenentwicklung des  
Bauabschnittes 1 "Hohenzollernstraße"**

Dieser Tageordnungspunkt wurde zum TOP 1 (Bericht des Ortsvorstehers) vorgezogen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um  
18:10 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 08.12.2021

---

Sheila Krall  
Schriftführer

---

Günther Henkel  
Vorsitzende/r